

Für eine Stadt mit weniger Verkehr

Bremen eröffnet die europäische Mobilitätswoche

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Sie bezeichnen es selbst noch als Utopie, als großen Wunsch. Der Verein autofreier Stadtraum Bremen will dem Traum der autofreien Stadt mit Raum für Menschen, freien Bürgersteigen und Plätzen, sauberer Luft und weniger Lärm, Spiel- und Begegnungsräumen für junge und alte Menschen ein Stückchen näher kommen. Das klar gesteckte Ziel ist eine nachhaltige Mobilität.

Rund um die jährlich stattfindende europäische Mobilitätswoche, die deutschlandweit vom Umweltbundesamt koordiniert wird, vom 16. bis 22. September 2018 will der Bremer Verein Denkanstöße zu verschiedenen Verkehrsthemen bei diversen Terminen geben. In Bremen startet die Veranstaltungsreihe bereits an diesem Montag um 19 Uhr mit einer verkehrspolitischen Straßenbahnfahrt auf der neuen Linie 5 mit der historischen Straßenbahn zum Thema ticketloser ÖPNV an der Haltestelle Domsheide. Die letzten Termin in der Hansestadt sind dann am Sonntag, 23. Oktober.

Die Veranstaltungsreihe in Bremen ist mit den Jahren immer umfangreicher geworden. Los ging es 2009 mit dem „autofreier Sonntag“, den rund 10000 Menschen besuchten. Der Aktionstag fand jedes Jahr in einem anderen Stadtteil statt. 2016 gab es die Veranstaltung dann erstmals nicht mehr in der gewohnten Form, und die Organisatoren und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) präsentierten ein Alternativprogramm für die Anhänger einer Stadt mit weniger Autoverkehr. Es gab viele kleinere Veranstaltungen verschiedener Vereine und Stellen, die ohne



Diesen Montag fährt die historische Straßenbahn durch die Stadt. FOTO: KUHAUPT

öffentliche Fördergelder zu einer Aktionswoche gebündelt wurden. Und jetzt? „So groß waren wir bisher noch nicht“, sagt Organisator Ralph Saxe, der auch für die Grünen in der Bürgerschaft sitzt. Die Veranstaltungsreihe sei von Jahr zu Jahr breiter aufgestellt worden, es gab ein bisschen mehr Geld durch Förderungen und das Interesse wuchs.

Mit dem ADFC Bremen und VCD Bremen präsentiert der Verein autofreier Stadtraum ein vielfältiges Programm rund ums Thema nachhaltige Mobilität und Stadtentwicklung. „Im Mittelpunkt steht das Thema Multimodalität“, sagt Saxe. Gemeint ist das Nutzen von unterschiedlichen Verkehrsmitteln in einem bestimmten Zeitraum von einer Person.

Die Aktionstage in Bremen sollen Einblicke in aktuelle politische Debatten wie der Sinnhaftigkeit von kostenlosem Nahverkehr, der Verkehrswende, Fahrradverkehr oder Verkehrssicherheit geben. Den Organisatoren und Akteuren geht es nach eigenem Bekunden aber um „viel mehr als nur um Verkehrspolitik“. Sie wollen sich stark machen für mehr Lebensqualität, mehr soziale Interaktion oder ein zukunftsweisendes Miteinander mit alternativen Ideen zur Mobilität. Dafür soll der Stadtraum gemeinsam gestaltet werden.

Unter dem Titel „Bürgermeister, fangt einfach an!“ gibt es am Freitag 14. September, ab 17.30 Uhr in der Markthalle Acht eine Veranstaltung zur Verkehrswende. Der Design- und Sozialwissenschaftler Stephan Rammler spricht in einem Impulsvortrag über die Zukunftsfähigkeit der Mobilität. In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen gibt es anschließend eine Podiumsdiskussion mit Karoline Linnert (Grüne) und Andreas Bovenshulte (SPD).

Einer der Höhepunkte der Mobilitätswoche in Bremen ist die Hochstraßentour des ADFC am Sonntag, 16. September, ab 10.30 Uhr, zu der viele Teilnehmer erwartet werden.

Das Angebot mit Aktionen wie dem Parking Day (21. September), Dinner Am Wall (Schlemmen und Verweilen rund um die Wallmühle am 16. September), Konzerten und Tanz (18. September), Filmvorführungen (13. und 20. September), Ausstellungen, Vorträgen (13. und 19. September) und Diskussionen (14. September), Stadtpaziergängen (14. und 19. September) und Radtouren (15. September) soll dazu dienen, sich die Straße zurück zu erobern und Stadt neu zu denken. Detaillierte Informationen zu den einzelnen Programmpunkten finden sich unter www.autofreierstadtraum.de.

Neues Zuhause gesucht



In diesem Jahr wurden in den Urlaubsmonaten so viele Tiere gefunden wie schon seit Jahren nicht mehr. „Es ist leider ein bundesweiter Trend, dass so unglaublich viele Tiere ausgesetzt wurden, ohne dass sich jemand nach ihnen erkundigt hat“, sagt Brigitte Wohner-Mäurer, die Vorsitzende des Bremer Tierschutz-

vereins. Der Tag der offenen Tür im Bremer Tierheim hat daher am Sonntag eine gute Gelegenheit geboten, sich nach einem zusätzlichen Familienmitglied umzusehen. Mehr als 500 Tiere versorgt das Tierheim zurzeit, sie warten auf ein neues Zuhause.

TEXT: MAA/FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Jury kürt bestes Musikvideo

Anmelden für Wettbewerb

Bremen. Von kurios bis kultig, von abgefahren bis altmodisch. Die Große Musikvideoshow kürt einmal im Jahr das beste Musikvideo aus Bremen und Niedersachsen. Am 1. November treffen sich dafür Jury und Publikum im Modernes in Bremen. Bei der mittlerweile 13. Auflage wetteifern die Videomacher um die „Goldene Wurst“ und weitere Preise. Ein-schluß für die Musikvideos ist der 15. Oktober.

Die Große Musikvideoshow gibt Musikern und Filmemachern aus Bremen und Niedersachsen einmal im Jahr die Möglichkeit, ihre Musikvideos einzureichen. Diese werden dann von einer Fachjury begutachtet, welche die 13 besten Videos auswählt. Am 1. November gehen diese 13 Videos dann im Modernes ins Rennen um die „Goldene Wurst“. Das Publikum wählt per Stimmzettel die ersten drei Plätze. Das Moderatoren-Duo Charles und Erika, auch bekannt als die swingenden Tischbomben, überreicht dem Gewinner die „Goldene Wurst“. Außerdem winken Preise wie Auftritte auf Festivals, und der erstplatzierte Filmemacher erhält hochwertige Letterpress-Visitenkarten. Die Gewinnerband darf sich über exklusive Tourplakate freuen, die nach ihrer eigenen Vorlage von der Steintorpress angefertigt werden. Der Jurypreis ist eine Vinyl-Single-Pressung bei der Pallas Group, einem Plattenpresswerk in Diepholz.

In der Jury sitzen in diesem Jahr: Christian Tippke (Y-Kollektiv), Simon Wenkelewsky (Image in Motion), Pascal Faltermann (WESER-KURIER), Kai Stührenberg (WfB), Milan Husfeld (Horn To Be Wild), Andrea Rößler (Musikszene Bremen), Christine Heuck (Radio Bremen Vier), Malte Prieser (Veranstalter) und Theresia Dietrich (WESER-KURIER). Ein Anmeldeformular und weitere Infos rund um den Wettbewerb und die Show gibt's im Internet unter www.musikvideoshow.de. PAF

LOTTO- UND TOTOZAHLEN

Lotto: 6, 23, 27, 29, 30, 44; Superzahl: 2.
„Spiel 77“: 2 6 7 4 5 2 7.
„Super 6“: ★ 3 9 4 6 2 4.

GLÜCKSSPIRALE	Sonabend, 8. 9.
Wochenziehung	3 = 10 Euro
	31 = 25 Euro
	289 = 100 Euro
	5160 = 1000 Euro
	45413 = 10000 Euro
	271010 = 100000 Euro
	370826 = 100000 Euro
Prämienziehung	1411252 = 10000 Euro*

*20 Jahre monatlich als „Sofortrente“ oder einmalig 2,1 Millionen Euro (Alle Angaben ohne Gewähr.)

LESERMEINUNG

Zum Artikel „SPD greift Initiative für Volksentscheid an“ vom 27. August und zum Kommentar „Die Grenzen der Teilnahme“ vom 30. August:

Gefahr für Demokratie

Die Aktion „Mehr Demokratie“ mag sinnvolle Ziele gehabt haben. Mit dem aktuellen Volksentscheid würde sie, falls sie Erfolg hat, der Demokratie sehr schaden. Insofern ist es völlig richtig und wichtig, dass Sascha Aulepp die SPD-Mitglieder vor einer leichtfertigen Unterschrift warnt. Es schadet der Demokratie, wenn sich eher die durchsetzen, die mehr Geld für einen persönlichen Wahlkampf haben – siehe USA.

Es schadet der Demokratie, wenn sich vor allem die durchsetzen, die eine große Klientel hinter sich haben. Sie werden nicht Politik für das Ganze, sondern für die Klientel machen. Es schadet der Demokratie, wenn die Fraktionen größere Schwierigkeiten haben, sich zu einigen und Koalitionen und damit Regierungen zu bilden. Zu viele Abgeordnete würden sich auf ihre persönlichen Stimmen berufen und Disziplin und Kompromisse behindern.

Und es schadet der Demokratie, wenn die Parteien nicht gezielt sachverständige Abgeordnete in die Fraktion bringen, die ihre Ziele gegenüber der Verwaltung durchsetzen können. Die Verwaltung würde noch mehr machen, was sie für richtig hält. Wir haben eine Parteiendemokratie, in der man politische Richtungen wählen kann. Und das ist gesund für unser Gemeinwesen. Auf dem Dorf und in den Mini-Kantonen der Schweiz mag Personenwahl funktionieren. Unser Land würde sie, wenn sie überhandnimmt, unregierbar machen. JOCHEN WINDHEUSER, BREMEN

Änderung wäre töricht

Kein vernünftiger Mensch wird sich ernsthaft gegen die Forderung nach mehr Demokratie stellen. Die Frage ist nur, wie schafft man mehr Demokratie? Wer sich dieser Frage stellt, kann das nicht tun, ohne sich mit dem Konkurrenzverhältnis zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl, Gemeinsinn auseinanderzusetzen. In der Politik ist das ein bisschen wie im Fußball: Eine Mannschaft aus elf Einzelkämpfern kann nicht gewinnen. Ein Wahlsystem, welches stark auf die Wahl von

Personen ausgerichtet ist, befördert nun mal nicht den Teamgeist. Es fördert Einzelkämpfer. Wer soll die Interessen der Bremer vertreten, wenn in Zukunft in der Bürgerschaft hauptsächlich Einzelkämpfer sitzen, die darauf bedacht sind, auch bei der nächsten Wahl ausreichend persönliche Stimmen zu bekommen? Das führt dazu, dass jemand wie Herr Öztürk, obwohl auf der Parteiliste ganz hinten einrangiert, trotzdem im Parlament landet, weil er seinem Clan und den von ihm abhängigen Personen rechtzeitig gesagt hat, wo sie ihre fünf Kreuze machen sollen. Als „mehr Demokratie“ kann man das wohl nicht bezeichnen. Und um solche Fehlentwicklungen zu unterbinden und den Einfluss der Listenplatzierung gegenüber den Personenstimmen zu erhöhen, wurde gerade das Wahlgesetz verändert. Diese Änderung jetzt zurückzudrehen wäre geradezu töricht. MICHAEL BREIDBACH, BREMEN

Einfaches System am besten

Artikel 21,1 des Grundgesetzes lautet: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.“ Von Einzelpersonen, Populisten und singulären Abgeordneten steht da nichts. Die aber möchte Tim Weber ohne Rücksicht auf die Vorschlagsliste der Parteien

im Parlament sehen. Sozialdemokraten, Grüne und Linke haben „geschlechterparitätisch“ gestaltete Wahlvorschläge, Männer und Frauen wechseln sich auf der Liste ab.

Genau dieses System wollen die Initiatoren des Volksbegehrens aushebeln. Schon die Änderung des Wahlrechts für 2011 und 2015, die uns das „Panaschieren und Kumulieren“ bescherte, war ein Schritt in die falsche Richtung. Viele Wähler waren lieber zu Hause geblieben. Für die demokratische Willensbildung eignet sich ein einfaches Wahlsystem am besten. Eine Stimme für die Person (Erststimme/Direktkandidat) und eine Stimme für die Liste (Zweitstimme/Partei) reichen aus. Die 70 000 Befürworter des Volksentscheids in 2006 sind in den Konsequenzen ebenso getäuscht worden wie die Mehrheit der Briten, die seinerzeit für den Brexit gestimmt hat und das nun bereut. FERDINAND BERGHORN, BREMEN

Machtpolitische Sorge

Im Kommentar hat Silke Hellwig sehr schlüssig ausgeführt, dass die SPD-Landeschefin Aulepp mit ihrem Angriff auf einen drohenden Volksentscheid ein merkwürdig eingeeignetes Demokratieverständnis hat. Hinter der Fassade einer besorgten Warnerin vor mehr basisdemokratischen Einflussmöglichkeiten im Bremer Wahlrecht offenbart Frau Aulepp nur ihre machtpolitische Sorge, dass die in der SPD-Kandidatenreihenfolge zum Ausdruck gebrachte etablierte Parteihierarchie von den Bremer Wählern aus der geplanten Ordnung

gebracht wird. Für den Wähler ist nicht nachprüfbar, ob es bei der Aufstellung der beschlossenen Liste parteiintern demokratisch zugegangen ist oder ob ein Klüngel von Parteifunktionären die Reihenfolge der Kandidaten bestimmt hat. Deshalb ist darauf zu beharren, dass in einer Demokratie, die ihren Namen verdient, am Ende der Wähler den entscheidenden Einfluss auf die personelle Zusammensetzung hat.

Was ist eigentlich an der Privilegierung bestimmter Parteimitglieder noch demokratisch, wenn diese schon vor der Wahl auf vorderen Listenplätzen abgesichert sind und es somit gar nicht mehr nötig haben, sich im Wahlkampf als besonders qualifizierte Vertreter ihrer Partei zu profilieren? Warum soll eigentlich nicht für alle Kandidaten einer Liste das urdemokratische Prinzip der Chancengleichheit gelten? Die denunziatorisch gemeinten Formulierungen wie „Zwangspersonalisierung“ und „Wasser auf die Mühlen rechtspopulistischer Demokratiefeinde“ sind für mich nur ein hilfloser Ausdruck von Argwohn gegenüber unserem Grundgesetz, in dem es in Artikel 20 heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.“ UDO ELFERS, BREMEN

Zum Artikel „Weniger Unterrichtsausfall“ vom 6. September:

Ursachen nicht erkannt

Weder die Senatorin noch die Deputierten erkennen die wirklichen Ursachen von Unterrichtsausfall in Bremen. Grundprobleme sind die staatlich verordnete Überlastung bremscher Lehrkräfte, die chronisch personelle Unterbesetzung und die gar nicht vorhandene Krankenreserve. Bremens Lehrkräfte müssen seit 30 Jahren stets zwei Unterrichtsstunden pro Woche mehr in viel größeren Klassen unterrichten als im Bundesdurchschnitt. Dazu kommen die deutlich gestiegenen Zeiten von Vor-, Nachbereitung, Klausur-Korrekturen, Konferenzen, Sozialarbeit, Ausbildung von Junglehrern und Studenten und Unmengen von Verwaltungstätigkeiten sowie das Verschieben der Kindererziehung seitens vieler Eltern auf die Schulen. Ein wirkliches Kümmern um einzelne Schüler ist keiner

Lehrkraft möglich. Alle Entlastungsstunden sind bis auf wenige reduziert worden. Hinzu kommt die Pflicht, zu zwei Überstunden pro Woche herangezogen zu werden. Von vornherein gibt es seit Jahrzehnten in Bremen keine Krankenvertretungsreserven sowie eine gerade einmal 95-prozentige Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften gemessen an der zu erteilenden Stundentafel. Hinzu kommen unzureichende materielle Ausstattungen und fragwürdige, beinahe jährliche Strukturformen, die von den Lehrkräften oft ohne wirkliche Überzeugung umgesetzt werden müssen. Bremer Lehrkräfte werden seit über 30 Jahren „verheizt“, ihre Gesundheit und Gutmütigkeit ausgebeutet. Insbesondere in Schulen mit sozialen Brennpunkten und in Inklusionsschulen führt dies zu erhöhten Krankenständen und überdurchschnittlich hohen Frühpensionierungen. MATHILDE DAHLKE, BREMEN

Zum Artikel „Kampf um bezahlbaren Wohnraum“ vom 4. September:

Kosten explodieren

Es geht um Wohnungen und WG-Zimmer für Studenten, doch wird auch an die Familien und die Rentner gedacht? Wir als Rentner suchen eine preiswertere Wohnung und wurden bislang nur enttäuscht. Man wolle weiter sanieren, wird gesagt. Wer soll das glauben? Es hat sich doch schon lange bemerkbar gemacht, dass förmlich eine Kostenexplosion entstanden ist, mit der der normale Bürger irgendetwas fertig werden muss – egal wie! Diese Versprechungen und diese Gleichgültigkeit sind haarsträubend. Traurig! Was die Gründungsäter Bremens wohl sagen würden? CHRISTINE SCHRÖDER, BREMEN

REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.



Grund für die Unterrichtsausfälle in Bremen sind laut Leserin Mathilde Dahlke die generelle Unterbesetzung und Überlastung der Lehrer. FOTO: SCHACKOW/DPA